

Frau Oberbürgermeisterin Karin Welge
Herrn Bezirksbürgermeister Joachim Gill

Sehr geehrte Frau Welge!
Sehr geehrter Herr Gill!

Gerade wird in den Nachrichten über den heutigen Integrationsgipfel berichtet. Kanzlerin Merkel betont in der Pressekonferenz, dass „die Integration von Zuwanderern systematisch gefördert und vorangebracht“ werden müsse. Dafür sei „gegenseitiger Respekt“ unabdingbar. Diesbezüglich teilen wir mal ausdrücklich die Worte der Kanzlerin und möchten Ihnen v.a. zu dem Artikel in der Horster Post vom 25.2.21 schreiben mit der Überschrift: „*EU-Ost-Zuwanderung: Gauner sind schneller als unser Rechtsstaat*“. Wir sind entsetzt über diesen Artikel.

Doch zunächst zur Vorgeschichte:

Seit Monaten beobachten wir mit Sorge, wie eine unsachliche und diffamierende Kampagne geführt wird gegen Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener, die aufgrund von EU-Ost-Zuwanderung hierhin gekommen sind – darunter viele Sinti und Roma. Den Auftakt machten im Verbund FDP und WAZ mit der Diffamierung der rumänischen/bulgarischen Bewohnerinnen und Bewohner sowie insgesamt der Horster Markenstraße (wobei Herr Sat in offenbar profunder Kenntnis der Materie über die *Gemarkenstrasse*¹ schrieb). Da wurde glatt behauptet, dass ständige (!) Schlägereien, lautstarke Ruhestörung, Vermüllung etc. gang und gäbe sein. Dabei ist das totaler Blödsinn! Nach der Meinung der allermeisten langjährigen Anwohnerinnen und Anwohner hat sich im Gegenteil die Situation auf der Markenstraße in den letzten Jahren deutlich gebessert. Dies vor allem, weil die zeitweise zahlreichen Drogendealer vertrieben wurden und die Stadtreinigung häufiger Touren fährt. Wir selbst laufen auf unserer täglichen Walking-Strecke durch die Markenstrasse und gehen dort jede Woche mit Vergnügen einkaufen.

Einen traurigen Höhepunkt bildete im Januar die regelrechte Rufmordkampagne anlässlich des Todes eines rumänischen Mitbürgers verbunden mit einer Mythenbildung über kriminelles Verhalten *der Rumänen*. Inzwischen sind – spätestens seit der Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Prävention und Verbraucherschutz am 9.2.21 - alle relevanten Anschuldigungen vom Tisch. Alle diesbezüglichen Verfahren wurden eingestellt. Was bleibt ist vor allem der verheerende Fehler, dass weder die Sanitäter, noch das unverhältnismäßig große Polizeiaufgebot auch nur einen einzigen Dolmetscher zur Verständigung dabei hatte oder schnell herbeirufen/ einschalten konnte. Und die WAZ, geschweige denn die FDP, hat diese ganze Aufarbeitung mit keinem Wort

¹ WAZ 26.1.21

erwähnt, geschweige denn, sich für die unberechtigte Verunglimpfung entschuldigt.

Die Stimmungsmache setzte sich dann fort mit der Bankrotterklärung der Bezirksbürgermeister, die unisono über gescheiterte Integration jammern. Wo sind sie denn vor Ort im Gespräch mit den tatsächlichen Konflikt-Kontrahenten? Wo ist denn ihre Aktivität, ihr persönlicher Einsatz? Wo ist der tatsächliche Nachweis von Projekten, die aufgrund der Rumänen/ Bulgaren gescheitert sind? Wurde nicht im Gegenteil Projekte aufgrund fehlender finanzieller Mittel eingestellt? Trotz zahlreicher Nachfragen von AUF kann niemand in der Stadtverwaltung uns Aufschluss geben zu der Frage, welche konkreten Projekte z.B. der aufsuchenden Sozialarbeit im Bereich EU Ost Zuwanderung in Horst überhaupt stattfinden. Wir schließen daraus: keine.

Doch dem allem wird die Krone aufgesetzt durch den Artikel in der Horster Post vom 25.2.2021 „*EU-Ost-Zuwanderung: Gauner sind schneller als unser Rechtsstaat*“.

Der Artikel macht fassungslos angesichts der pauschal geschürten Ressentiments und einer erschreckenden Respektlosigkeit gegenüber den EU-Bürger*innen aus Osteuropa. Natürlich gibt es Gauner aus Osteuropa. Genauso wie es Gauner aus Deutschland gibt – wir nennen aktuell nur die Namen Nüßlein und Löbel/beide (früher) CDU, die sich aus Maskendeals Hunderttausende in die eigene Tasche steckten.

Und ja, es gibt in Horst unsoziales Verhalten aus diesem Personenkreis. Und nein, es geht uns in keinsten Weise um eine unkritische Verteidigung solchen Verhaltens. Es gibt Müll, der nicht ordnungsgemäß entsorgt wird, es gibt Frauen, die ihre Kinder in die großen Mülltonnen heben, um sie nach Verwertbaren suchen zu lassen, und es gibt eine schwierig zu durchbrechende Abschottung und Unzugänglichkeit.

Aber erstens gibt es diese Verwahrlosungserscheinungen - oft als Folge eines armutsgeprägten Lebens mit wenig Perspektive - auch bei Deutschen. Und zweitens ist AUF Gelsenkirchen zweifellos die politische Kraft, die am intensivsten persönlich und vor Ort zu den Leuten hinget, mithilfe von aus Rumänien stammenden Gelsenkirchenern kritisiert, diskutiert, sich entschieden gegen unsoziales Verhalten positioniert, Flyer dazu übersetzt, Hilfe anbietet und leistet, Zusammenhalt stärkt. Im Gegensatz zu allen anderen zeigte sich AUF auch solidarisch wie bei den Bauarbeitern auf der Ringstraße, die keine Löhne erhielten und erst mit Suizid drohen mussten, bevor die Probleme in Angriff genommen wurden.

Doch Ihre Antwort auf diese komplizierte Situation ist eine diffamierende und tendenziell rassistische Argumentationslinie in diesem Artikel. Allein schon die Diktion der Überschrift nennt die EU-Ost-Zuwanderung und die Gauner pauschalierend in einem Atemzug. Demnach: EU-Ost-Zuwanderung = die Gauner kommen! In dem ganzen Artikel gibt es keine einzige auch nur sachliche Erwähnung, geschweige denn respektvolle Behandlung der Tatsache, dass das Gros der unter härtesten Bedingungen zu niedrigsten Löhnen arbeitenden Schlachtere- und Bauarbeiter, der Erntehelfer in Deutschland aus diesen Regionen kommen und hier Steuern zahlen. Auch wenn in dem Artikel teils relativierend von „einzelnen“ gesprochen wird ändert das nichts am Grundtenor: wenn es „einzelne“ sind – warum wird dann nicht über die Mehrheit und über ihre Leistung für Deutschland gesprochen? So hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) einen erheblichen Anteil der EU-Zuwanderung an Steigerungen des BIP festgestellt: von 2011-2016 sei

allein durch diese relativ kleine Bevölkerungsgruppe überproportional zum BIP-Wachstum beigetragen worden – ohne sie hätte dieses statt um 1,5 nur um 1,2% zugenommen. (Der SPIEGEL vom 31.10.2018)

Im Weiteren wird im Artikel die Verbindung hergestellt zu den Schrottimmobilien. Aber auch hier ohne ein einziges Wort dazu, dass die Zugewanderten Opfer, und nicht Täter dieser elenden Lebensbedingungen und der horrenden Mieten in diesen Unterkünften sind.

Die Assoziation von der EU-Ost-Zuwanderung = Gauner Zuwanderung wird noch unterstrichen durch die Auswertung der Zuzugs- und Wegzugsstatistik mit der Anmerkung von Frau Welge: „*Das sind nun mal fahrende Völker.*“ Aha, da haben wir nun noch die „Zigeuner“ Assoziation, und die reisten ja auch immer im Gauner-Verdacht – woher ja auch der diffamierende Name stammt. Glauben Sie nicht auch, dass die Menschen aus Rumänien und Bulgarien am allerliebsten gemeinsam mit ihren Familien mit Arbeit und einem erträglichen Auskommen dauerhaft in ihrer Heimat leben würden? Sie kennen doch ganz genau die sozialen Verhältnisse in Rumänien und Bulgarien, wo viele Menschen schlicht und einfach in bitterer Armut leben und zur Arbeitsmigration gezwungen sind. Ist es verwerflich, dass sie sich dann so kurz wie möglich hier aufhalten, um wieder bei ihren Familien zu sein und sich vielleicht eine Existenz zu Hause aufzubauen? Das kann man sich vielleicht als etablierte deutsche Politiker*in mit einem Monatsgehalt, von dem man ein ganzes rumänisches Dorf ernähren könnte, schwer vorstellen.

Dabei ist Ihre Statistik widersprüchlich. Erst sagen Sie, dass derzeit 9.500 Bulgaren und Rumänen in GE leben und berichten – ebenfalls mit diffamierender Wortwahl – welche Stadtteile davon besonders „belastet“ seien; dann berichten Sie vom Zuzug von 18.500 Personen und Wegzug von 13.900. Demnach würde die Zuzugs – und Wegzugsbilanz nach Adam Riese ergeben, dass aktuell nur noch 4600 Bulgaren und Rumänen in Gelsenkirchen wohnen. Bei rund 265.000 Einwohnerinnen und Einwohner wären das gerade mal 1,7 %. Und die sollen – wie es die dramatisierende Eingangsbehauptung des Artikels unterstellt – den sozialen Frieden in Gelsenkirchen gefährden? Das kann nur dann der Fall sein, wenn der ganze Unmut der Masse der Bevölkerung über grassierende Arbeitsplatzvernichtung, Armut, überdurchschnittliche Corona-Betroffenheit usw. auf diesen Sündenbock geleitet wird. Ohne Sie damit in irgendeiner Weise gleichsetzen zu wollen: das ist das doch die verheerende Masche, mit der die AfD in Gelsenkirchen zu punkten versucht.

Bemerkenswert ist auch, wie nun die Lösungsstrategien aussehen. Schöpft man noch Hoffnung bei der Ankündigung, dass zehn neue muttersprachliche Sozialarbeiter*innen eingestellt werden sollen, so machen Ihre Ausführungen dann deren rein ordnungspolitische Aufgaben deutlich. So wird geradezu noch betont, dass es dabei nicht um Hilfe und Beratung, sondern um Kontrolle und Bestrafung geht: „*Das Team macht Objektüberprüfungen und stellt dabei Meldeverstöße, Sozialmissbräuche, Stromklau, bauliche Mängel und vieles mehr fest. Die Zahl der Überprüfungen wird deutlich zunehmen.*“ Unerwähnt bleibt „zufällig“, dass in o.g. Ausschusssitzung berichtet wurde, dass von 68 Kontrollen im Problemgebiet 63 ohne jede Beanstandung blieben. Vier bezogen sich auf das gravierende Delikt einer Ruhestörung.

Last but not least wollen Sie laut Artikel berechtigt vermeiden, dass ein schlechtes Licht auf Gelsenkirchen fällt. Dies aber nicht etwa, weil Gelsenkirchen mitsamt seinen Rumänen und Bulgaren das nicht verdient hat,

sondern „sonst nämlich käme kein Investor mehr.“ Oh weh! Ohne Rumänen und Bulgaren strömen diese bekanntlich geradezu nach Gelsenkirchen ...

Die Lösungsstrategie, sogenannte „Problemimmobilien“ abzureißen, wird unweigerlich dazu führen, dass der Wohnraum in Gelsenkirchen künstlich verknappt und die Mieten steigen werden. Das mag manchem vielleicht sogar recht sein, weil es eine abschreckende Wirkung hätte. Anstatt die Immobilienbesitzer und Profiteure ins Visier zu nehmen und die Sanierung in den Vordergrund zu stellen würde aber so das Problem auf alle Gelsenkirchenerinnen und Gelsenkirchener abgeladen. Profitieren würden davon vor allem die größten hier tätigen Wohnkonzerne Vonovia und LEG.

Sehr geehrte Frau Welge, sehr geehrter Herr Gill - wir kennen Sie beide vor allem aus dem Jahr 2016/2017 noch als engagierter Vertreter*in bzw. Frau Welge sogar in gewisser Weise als Architektin der „Willkommenskultur“ in Gelsenkirchen. Was ist bloß daraus geworden? Mag sein, dass es Druck aus anderen Parteien, aus bestimmten Kreisen der Bevölkerung gibt oder auch den (untauglichen) Versuch, der AfD entgegenzutreten, indem man ihre Themen und Methoden modifiziert aufgreift. Doch all das kann keine Rechtfertigung für die schlimme Entgleisung in diesem Artikel und womöglich auch auf der Pressekonferenz am 10. Februar sein. Eins ist sicher: auf diese Weise, mit dieser DENKweise löst man die Probleme nicht, sondern gießt nur Öl ins Feuer. Wir bitten Sie dringend, den durch diesen Artikel entstandenen, hoffentlich falschen Eindruck entschieden gerade zu rücken.

Gerne sind wir auch bereit, mit Ihnen über die Problematik und Lösungsmöglichkeiten zu sprechen.

Mit freundlichen Grüßen
Monika Gärtner-Engel
Jan Specht